



Stellenausschreibung

Professur (W2) für Rechtswissenschaften mit einem Schwerpunkt im Öffentlichen Recht (Gefahrenabwehrrecht und Recht der polizeilichen Datenverarbeitung) (w/m/d)

An der Hochschule für Öffentliche Verwaltung ist im Fachbereich Polizeivollzugsdienst zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine

Professur (W2) für Rechtswissenschaften mit einem Schwerpunkt im Öffentlichen Recht (Gefahrenabwehrrecht und Recht der polizeilichen Datenverarbeitung) (w/m/d)

zu besetzen.

Aufgabenspektrum

Der Einsatz in Lehre und Forschung soll vorrangig im Bachelorstudiengang "Polizeivollzugsdienst" erfolgen. Die Bewerberin oder der Bewerber soll in der Lage sein, die eigene Fachdisziplin im Rahmen der modularisierten Struktur eines dualen Bachelorstudiengangs wissenschaftlich mit anderen Fachdisziplinen zu verknüpfen und praxisorientiert zu vermitteln.

Der Schwerpunkt der Lehre wird anwendungsorientiert im Bereich des Öffentlichen Rechts (Gefahrenabwehrrecht mit Bezügen zum nationalen und internationalen Grundrechtsschutz, Recht der polizeilichen Datenverarbeitung) und in den Grundlagen des Zivilrechts liegen. Die Bereitschaft, sich in andere öffentlich-rechtliche Themengebiete der polizeilichen Ausbildung (z. B. Ausländerrecht) einzuarbeiten, wird vorausgesetzt.

Daneben wird erwartet, dass die zukünftige Professorin oder der zukünftige Professor bereit ist, das Fachgebiet Rechtswissenschaften auch im Rahmen des 1. Studienjahres des Masterstudiums "Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement" an der Deutschen Hochschule der Polizei, in der polizeilichen Fortbildung sowie in der angewandten Forschung und Entwicklung zu vertreten. Angemessene Kenntnisse der englischen Sprache sind wünschenswert. Die Mitwirkung an der Hochschulselbstverwaltung ist Teil des Aufgabenprofils der Professur.

Einstellungsvoraussetzungen neben den allgemeinen beamtenrechtlichen Voraussetzungen sind nach § 116 Absatz 3 BremBG mindestens:

- ein abgeschlossenes Studium der Rechtswissenschaften mit der Befähigung zum Richteramt
- pädagogische Eignung für die Lehre an einer Hochschule, die in der Regel durch Erfahrungen in der Lehre, Ausbildung oder Teilnahme an entsprechenden Fort- oder Weiterbildungen nachzuweisen ist.
- Bereitschaft zur hochschuldidaktischen Fortbildung
- besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit, die in der Regel durch die Qualität einer Promotion in der entsprechenden Fachrichtung nachgewiesen wird,
- besondere Leistungen bei der Anwendung oder Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden in einer mindestens dreijährigen beruflichen Praxis, von der mindestens zwei Jahre außerhalb des Hochschulbereichs ausgeübt worden sein müssen

Ihr Profil

Gesucht wird eine Persönlichkeit mit überzeugenden fachlichen Kenntnissen und Erfahrungen, die Freude an der Ausbildung junger Erwachsener und an der Förderung insbesondere des polizeilichen Nachwuchses hat. Sie bringen mit

- Lehr- und Forschungserfahrungen im Öffentlichen Recht und Zivilrecht, vorzugsweise im Bereich Polizei und Sicherheitsmanagement
- Medienkompetenz und Erfahrung mit digitalen Lehr- und Lernformaten
- Bereitschaft zur Weiterentwicklung gender- und diversitätssensibler Konzepte in Lehre und Forschung
- Einschlägiges Publikationsprofil
- Bereitschaft zur Kooperation mit Polizei-, Sicherheits- und Finanzbehörden
- Teamorientiertes Engagement und ausgezeichnete kommunikative Kompetenzen
- Umzugsbereitschaft in angemessener Entfernung zum Hochschulort

Unser Angebot

- Vielfältige Gestaltungsfreiräume in der selbständigen Lehre sowie der interdisziplinären und fachbereichsübergreifenden Zusammenarbeit
- Möglichkeit zur Weiterentwicklung des eigenen Forschungsgebiets und der Beteiligung an den (inter-)nationalen Forschungs- und Entwicklungsprojekten der Hochschule,
- Attraktive Fortbildungs- und Kooperationsmöglichkeiten
- Kollegiale Zusammenarbeit in einem kleinen, motivierten Team
- Unbefristete Stelle.

Schwerbehinderten Menschen wird bei einer Bewerbung bei im Wesentlichen gleicher fachlicher und persönlicher Eignung der Vorrang gegeben.

Die Hochschule strebt eine Erhöhung des Anteils von Frauen im Wissenschaftsbereich an und fordert Wissenschaftlerinnen nachdrücklich auf, sich zu bewerben.

Bewerbungen von Frauen werden bei gleicher Qualifikation vorrangig berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen.

Wir schätzen Vielfalt, bekennen uns ausdrücklich zur Diversity und begrüßen bei gleicher vorhandener Qualifikation Bewerbungen aller Menschen – unabhängig von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter und sexueller Identität.

Nähere Informationen zur Ausschreibung sind zu erfragen bei der Rektorin, Prof. Dr. Luise Greuel, Telefon 0421 - 361 59416, E-Mail: luise.greuel@hfoev.bremen.de oder dem Sprecher des Fachbereichs Polizeivollzugsdienst. Prof. Dr. Matthias Wehr, Telefon 0421 - 361 19617, E-Mail: matthias.wehr@hfoev.bremen.de.

Nähere Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten entnehmen Sie bitte den Datenschutzhinweisen für Bewerbungsverfahren nach Artikel 13 DSGVO und dem Bremischen Ausführungsgesetz auf unserer Homepage.

Bewerberinnen und Bewerber werden gebeten, ihre Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Zeugnisse, Urkunden (Promotion, Habilitation), Vortrags- und Publikationsverzeichnis, bisherige Lehrtätigkeit und ggf. Evaluationsergebnisse, Nachweis erfolgreich eingeworbener Drittmittel)

bis zum 27. November 2025 unter Angabe der Kennziffer 2025_W2ÖR

in elektronischer oder gedruckter Form zu richten an

Rektorin der Hochschule für Öffentliche Verwaltung Prof. Dr. Luise Greuel Doventorscontrescarpe 172C 28195 Bremen E-Mail: luise.greuel@hfoev.bremen.de